

Wolfgang Altgeld

Vorlesung Deutsche Geschichte

1930-1941 (1945)

minifanal.de

Wolfgang Altgeld:
Vorlesung Deutsche Geschichte 1930-1941 (1945)

ISBN 978-3-95421-043-5

(Taschenbuch)

1. Auflage 2014

2., durchgesehene Auflage 2015

Verlag: minifanal

www.minifanal.de

© Dirk Friedrich

Dorfstr. 57a, 53125 Bonn

Alle Rechte vorbehalten.

Covergestaltung: Marian Jaworski (marianjaworski.de)

Prof. Dr. Wolfgang Altgeld ist Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Universität Würzburg.

Zentrale Themen seiner Forschung sind Nationalismus, Nationalsozialismus, die Geschichte des Widerstands sowie die Geschichte Italiens und der deutsch-italienischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert.

Vorwort	5
I. Vorlesung	
Zur Einführung.....	7
II. Vorlesung	
Die Auflösung der Weimarer Republik und der 30. Januar 1933: Die politische Vorgeschichte der letzten Präsidentialregierung.....	15
III. Vorlesung	
Die Auflösung der Weimarer Republik und der 30. Januar 1933: Politische und soziale Grundprobleme der Republik.....	38
IV. Vorlesung	
Die Auflösung der Weimarer Republik und der 30. Januar 1933: Die nationalsozialistische Bewegung vor 1933.....	49
V. Vorlesung	
Stufen der Machtergreifung: Die nationalsozialistische Machtergreifung vom 30. Januar bis zum 14. Juli 1933.....	64
VI. Vorlesung	
Das Problem der „Zweiten Revolution“ und die Verabsolutierung von Hitlers Macht. 30.Juni 1934 bis 4. Februar 1938.....	87
VII. Vorlesung	
Hitler.....	106
VIII. Vorlesung	
Hitlers Weltanschauung und „Programm“.....	120
IX. Vorlesung	
Der Konsens und die Organisation des Konsenses: Führermythos und Propaganda.....	138
X. Vorlesung	
Drei Perspektiven auf den Staat Hitlers: Totalitärer Staat, Personenverbandsstaat, „Doppelstaat“.....	160
XI. Vorlesung	
Der „Ausnahmestaat“: Aufstieg und Herrschaftsraum der „SS“.....	179
XII. Vorlesung	
Kirchen und Christentum unter der nationalsozialistischen Herrschaft.....	196

XIII. Vorlesung	
Die „Volksgemeinschaft“ und die Verfolgung der Juden.....	215
XIV. Vorlesung	
Einige Blicke auf die Nazifizierung des deutschen Lebens.....	241
XV. Vorlesung	
Aufrüstung und Außenpolitik: Wege in den Krieg.....	264
XVI. Vorlesung	
Der nationalsozialistische deutsche Krieg als Rassenkrieg.....	283
XVII. Vorlesung	
Widerstand.....	296
Quellen- und Literaturverzeichnis zur Vorlesung.....	310
Namensregister.....	316

Vorwort

Vorlesungen waren in der allerlängsten Zeit der europäischen Universitätsgeschichte die entscheidende Form fachlicher Wissensvermittlung, sie sind heutzutage nur mehr eine Darbietungsform unter anderen, von vielen Beteiligten im gegenwärtigen universitären Getriebe gering geschätzt oder auch abgelehnt wegen der mannigfachen Konkurrenz anderer Vermittlungswege. Sie haben aber gleichwohl ein Publikum, welches zuhörend zu lernen und zu verstehen vermag, möglicherweise auch angezogen durch hier eher als sonst dem Dozenten mögliche Spontaneität in Exkursen, Erläuterungen, Zuspitzungen, wie sie in wohlgestalteten gedruckten Texten gerade vermieden und etwa in Seminaren programmgemäß diszipliniert wird.

Nicht alle vorlesenden Dozenten tragen aufgrund eines durchgeschriebenen Textes vor, manche tun das aber bewusst trotz des erheblichen Zeitaufwandes. Spreche ich jetzt nur über meine Motive, dann sollten mich die Verschriftlichungen zu einem genauen Durchdenken von Themen- und Unterthemenwahl und ihnen genügenden Argumentationslinien, zur verständlichen Gewichtung meiner Präferenzen in Bezug auf den Faktor Zeit, nicht zuletzt zur Genauigkeit in Bezug auf die vorgestellten Fakten und Daten zwingen: Das alles aufgrund eigener studentischer Erfahrung schlecht wirkender und ganz hervorragender, nach vierzig Jahren mir noch stets erinnerlicher Vorlesungen meiner fast sämtlich längst verstummten akademischen Lehrer. Das aber auch aufgrund vielfachen und fortwährenden Erleidens sogenannter freier Vorträge in Seminaren, deren sachlichen und sprachlichen Scheiterns.

In diesem Sinne, begrenzt und zugleich weit, hat mir das Lehrangebot Vorlesung im Ensemble aller Angebote doch das größte Vergnügen bereitet, verhältnismäßig frei als Konstrukteur und Interpret eines geschichtlichen Themas, ermächtigt, eine ganze Serie von Vorträgen anzubieten, genau meine Sehweise und meine Sicht vorzustellen, aber diese auch geprüft zu wissen.

Vorlesungstexte sind keine Buchtexte, sie sind ein eigenes Genre, eben für das zusammenhängende und zweckgenaue Reden und Hören bestimmt, nicht für den Druck. Diese Texte müssen ohne die ja unbedingt variablen Momente im Vorlesungsverlauf auskommen: ausgewählte Bilder, Karten, Statistiken „an der Wand“, die erhellenden Anekdoten, die Exkurse in Reaktion auf die Aufnahmefähigkeit der Hörschaft. Sie werden selbstverständlich nicht

„verfußnotet“: Wie wäre das denn vorzutragen? Einmal geschrieben, wird der Text vor der erneuten Präsentation in einer anderen Studentengeneration in Bezug auf den neueren Forschungsstand überarbeitet, aber zugleich, das ist meine Erfahrung, beständig gekürzt, weil Konzentrationsfähigkeit und hörende Lernbereitschaft ersichtlich beständig abnehmen. So getextete Vorlesungen sind des Weiteren keine Bücher, weil sie unter großem Zeitdruck geschrieben werden: Jeder geisteswissenschaftlich Studierende kann wissen, was es bedeutet, Woche um Woche neben all den anderen Lehrvorbereitungen und zahlreichen sonstigen Pflichten ungefähr 20 bis 25 Seiten Text brauchbar: vortragbar zu verfassen. Deshalb ist es auch nicht ratsam, Vorlesungen allzu atemlos in Bücher zu transformieren, wie das immer häufiger riskiert wird. Manchmal gelingt das zufriedenstellend, häufiger nicht, im letzteren Falle ärgern vorlesungstypische und -nötige Zuspitzungen als Undifferenziertheit, eigentümliche Schwerpunktsetzungen als Unausgewogenheit, fehlende Verfußnotung als Unbelegtheit und so fort. Besser ist es, so denke ich, gelegentlich einen Aufsatz in eine Teilvorlesung einzuarbeiten, dies nicht zuletzt durch Modifikationen des Textes und der Sprachlichkeit.

Die von mir nun gegen Ende meines Berufslebens angebotene Form der lesenden Zugänglichkeit kommt ohne fundamentale Bearbeitungen aus. Sie versteht sich als Antwort auf gelegentliche Nachfragen aus meiner Hörschaft im Verlauf eines ungefähren Vierteljahrhunderts, sie gilt den jungen und älteren Hörern meiner Vorlesungen in Karlsruhe, Mainz und Würzburg, einigen tausend Studenten der Neuesten Geschichte - und natürlich der Neugier mir Unbekannter. Ich verbinde das mit großem Dank für oft vieljährige Teilnahmen, herausfordernde Fragen, wichtige Anregungen. In den nächsten Jahren werden so alle Vorlesungen zugänglich mit dem Schrumpfen meines restlichen Veranstaltungsprogramms, dazu Sammlungen unveröffentlichter Vorträge. Schließlich bitte ich um Verständnis dafür, die Verwertungsrechte in der online-Einstellung als eine Art Aufwandsentschädigung an einen meiner Doktoranden übertragen zu haben, indem ich die trotz aller Schlichtheit doch erheblichen technischen und organisatorischen Arbeiten in meiner weiterhin spärlichen Freizeit selbst nicht leisten kann und durch meine universitären Mitarbeiter nicht erledigen lassen darf und will. Klar gesagt, es fließen mir und meinem privaten Umfeld keinerlei Einnahmen zu.

Wolfgang Altgeld

I. Vorlesung

Zur Einführung

Wir treten heute in eine siebzehnteilige Vorlesung über „Deutsche Geschichte 1930 bis 1941“ ein. Diese Betitelung ist ein wenig zu beleuchten, denn ich habe mir schon etwas dabei gedacht, keine der zum Thema gebräuchlichen Überschriften zu wählen – wie sie etwa lauten: „Das Dritte Reich“, „Die nationalsozialistische Diktatur“, „Deutschland unter dem Nationalsozialismus“ und so weiter.

Meine Vorlesungsüberschrift soll zum Ausdruck bringen, dass die deutsche Geschichte dieser Zeit eben nicht vollständig in der Geschichte des Nationalsozialismus, des nationalsozialistischen Regimes und der nationalsozialistischen Politik aufgeht. Mit diesem Satz will ich gewiss nicht in Frage stellen oder gar bestreiten, um das gegen mögliche Missverständnisse gleich ganz deutlich zu machen, dass die Existenz jedes einzelnen Deutschen, in deren Summe also die geschichtliche Existenz des deutschen Volks, in dieser Zeit und seither so tief und so nachhaltig von diesen politischen Ebenen bestimmt worden ist, als diese eine politische Doktrin, eine Regierung, eine Politik überhaupt zu erreichen vermögen: vielleicht besser gesagt: in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu erreichen vermochten, nicht weil es in Zukunft keine totalitäre Herrschaft mehr geben könnte, sondern weil diese über noch ganz andere technische Mittel der Herrschaftsausübung, Konsensstiftung, Manipulation und Repression verfügen würde und in einigen Weltteilen nach 1945 ja schon verfügt hat. Der eingangs aufgestellte Satz indessen geht davon aus, dass Geschichte als Geschichtswissenschaft es in einem gegebenen Zeitraum stets mit vielen verschiedenen Strukturebenen des Geschichtlichen zu tun hat, verschiedenen in ihren zeitlichen Ursprüngen, in ihrem Entwicklungstempo, in ihrer Dauerhaftigkeit, damit auch in ihrer räumlichen Reichweite: und das alles heißt: verschieden vor allem in ihrer Beeinflussbarkeit durch raum-zeitlich unvermeidlich begrenzte individuelle oder politische Entscheidungen und Handlungen.

Der Historiker begegnet in einem gegebenen Zeitraum (lassen wir das Wort „gegeben“ der Einfachheit halber einmal so stehen), um es mit Begriffen französischer Historiker aus der „Schule der Annales“ und ihren Nachfolgern zu

sagen, geschichtsmächtigen Faktoren oder Strukturen von „sehr langer“ und „langer Dauer“, zugleich Faktoren bzw. Strukturen von „mittelfristiger“, sozusagen „säkularer Dauer“ und solchen von bloß kurzer Dauer, schnellen Wandlungen unterworfen. Natürliche Bedingungen: so zum Beispiel die Landschaft oder das Klima in ihrem Verhältnis zur menschlichen Tätigkeit, erscheinen über die allerlängsten Strecken der Vergangenheit als völlig oder beinahe vollständig statische Gegebenheiten menschlicher Geschichte: den Menschen beherrschend, aber von ihm nahezu gar nicht zu beeinflussen. Nahezu ebenso die Grundmuster des Religiösen, wiederum, beinahe ebenso unbeweglich wie die Grundmuster der transzendentalen Orientierungen, auch die sozialen Verhältnisse oder, in beiden fest eingewurzelt, Sitten und Gebräuche und die „Mentalitäten“, also die großen kollektiven Vorstellungen von den Zwecken und Regeln des menschlichen Daseins. Indessen erscheinen die politischen Strukturen, noch mehr das politische Handeln in allen seinen Formen als Bereich schnellen Wandels, als vergleichsweise kurzlebige geschichtliche Momente, welche fundamentale historische Prozesse vor der Moderne nicht direkt, sondern nur in der Summe der Handlungen vieler Generationen haben beeinflussen können. Heutzutage, zu Beginn des dritten Jahrtausends, treffen die angedeuteten Zuordnungen bekanntlich nicht mehr in der für die vormoderne Geschichte gültigen Weise zu: Die natürlichen Lebensverhältnisse, ja, die Natur selbst, sehen wir in permanenter wissenschaftlich-technologischer Revolutionierung begriffen. Und der Tod des großen Staatsmannes oder Herrschers impliziert längst nicht mehr die Möglichkeit gründlicher politischer Richtungsänderung, jedenfalls nicht in der Regel. Der Rhythmus der wirtschaftlichen Prozesse ist mittlerweile wohl schneller als der der Politik. Und so weiter. Aber damit wird das am Mittelalter und an der frühen Neuzeit entwickelte Modell nicht als solches ungültig: Auch in der neuesten Geschichte haben wir uns von Periode zu Periode klarzumachen, dass es miteinander in einem Zeitraum geschichtliche Strukturen sehr unterschiedlicher historischer Tiefe und Dauer gibt, menschlichem Handeln unterschiedlich zugänglich, manche politisch beeinflussbar, andere nicht, auch wenn die jeweiligen politischen Gewalthaber es versuchen, und dann gibt es noch andere Strukturen als geschichtsmächtige Faktoren, deren tiefe historische Wirksamkeit überhaupt erst in der historischen Rückschau aufgedeckt wird, besser gesagt: aufgedeckt werden kann.

Was bedeutet das nun für eine deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1941? Natürlich besagt dieser Ansatz etwas Wichtiges, aber auch sehr Selbstverständliches und darum hier gar nicht eingehender zu Besprechendes: Dass der Nationalsozialismus als Weltanschauung, die nationalsozialistische Partei, das Regime Hitlers aus historischen Voraussetzungen entstanden sind und im Rahmen historischer Bedingungen existierten, welche sie wohl nutzen oder vielmehr missbrauchen konnten, aber selbst nicht erschaffen und eben nur in Grenzen zu den eigenen Zwecken weitergestaltet haben bzw. weitergestalten mussten. Die ideologischen Elemente des Nationalsozialismus entstammten nahezu komplett dem „völkischen Denken“ der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Die problematische Friedensordnung von 1919 und deren maßlos negative Rezeption bei den Deutschen, die Weltwirtschaftskrise, die vielschichtig motivierte Nachgiebigkeit der Westmächte gegenüber den Herausforderungen deutscher Politik seit 1935, der revisionistische Expansionismus der stalinistischen Sowjetunion waren so oder so da, auch wenn sie durch die nationalsozialistische Propaganda und Gewaltpolitik genau zu ihrem schlimmsten Konsequenzen ausgebeutet oder entfesselt wurden. Und die andauernde Modernisierungskrise Deutschlands im zeitgleichen Miteinander weit fortgeschrittener Industrialisierung, vergleichsweise hoher Massenpolitisierung, fortbestehenden traditionell autoritären Machtstrukturen in Staat und Gesellschaft und so weiter lag selbstverständlich erst recht jenseits konkreter nationalsozialistischer Handlungsmöglichkeiten: Vielmehr waren der Nationalsozialismus und sein Erfolg an einem bestimmten Punkt deutscher Geschichte Resultat und Ausdruck solcher fundamentalen Übergangskrise, welche Deutschland und die Deutschen freilich keineswegs allein, aber wegen der Geschwindigkeit und vollen Gleichzeitigkeit des Modernisierungsprozesses und seiner disparaten Elemente in ganz besonderem Ausmaß betroffen hat.

Aber wichtiger ist doch der im Titel der Vorlesung angedeutete Perspektivenwechsel, und dies in zweierlei Richtung. Zum ersten: Der Nationalsozialismus war eine totalitäre Hochideologie, die nationalsozialistische Bewegung war eine totalitäre Bewegung von Anfang an, das nationalsozialistische Regime war ein totalitäres Regime durch und durch – wie sonst nur noch ein anderes in dieser Zeit, nämlich das des stalinistischen Bolschewismus in der Sowjetunion. Mit der konkreten nationalsozialistischen Bedeutung von totalitär werden wir uns im Laufe der Gesamtvorlesung in etlichen Abschnitten und auf verschiedenen Ebenen auseinanderzusetzen haben: hier, in diesem Augenblick,

geht es um jenen Aspekt, der die absolute Selbstüberzeugung totalitärer Ideologen, Parteiführer, Machthaber angeht, Geschichte total machen, ja, wenden zu können – und total meint da wirklich: auf sämtlichen Ebenen geschichtlicher Entwicklung, gerade nicht allein auf der Ebene politischer Entscheidung unter anderem von aktuellen, nur für die bestenfalls absehbare nächste Zukunft zu lösenden sozialen, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen Fragen. Diese Selbstüberzeugung besagte (und mag besagen), dass Geschichte total gemacht werden könnte gerade gegen lang andauernde und fundamentale historische Prozesse und säkulare Entwicklungstrends. Indessen erscheinen im totalitären Denken andere, historisch tatsächlich ziemlich kurzfristige geschichtliche Elemente in den Rang ewiger Fixpunkte menschlicher Bestimmung erhoben – und der totalitäre Machtanspruch wird genau aus der exklusiven Kenntnis dieser ewigen Zwecke menschlicher Existenz erhoben und, sobald nur möglich, in bewusst inhumane, aber eben für geschichtlich notwendig erklärte politische Praxis übersetzt. Was die Täter für eine konkrete Utopie gehalten haben: die Umwendung zuerst der deutschen und dann der Weltgeschichte gegen teils jahrhunderte-, teils jahrtausendelange Entwicklungen, das erweist sich in der Rückschau leicht als ahistorischer, ja, bloß für sich genommenen, geradezu als lächerlicher Irrsinn – allzu leicht insofern, als wir uns in gemütlicher Ferne zur Realität dieses irrsinnigen Experiments der Nationalsozialisten befinden. Und lachen können wir nicht, denn wir wissen um die in irrsinniger Selbstüberzeugung millionenfach Ermordeten und um jene Millionen Opfer, welche zur Überwindung des nationalsozialistischen „konsequenten Wahns“ (Wippermann) gebracht worden sind. Gleichwohl, wir erkennen die Grenzen des nationalsozialistischen totalitären Gestaltungsanspruchs – und in der hier interessierenden Beziehung lagen sie eben da, wo die langen und fundamentalen Faktoren nicht nur der deutschen, sondern der europäischen und der europäisch-atlantischen Geschichte wirkten und wirken. Einige dieser langfristigen Strukturentwicklungen nutzten dem nationalsozialistischen Aufstieg zur Macht und, wenige Jahre, dem totalitären Regime: Aber diese existierten auch ohne ihn und kamen folglich auch ohne ihn zum Ende oder dauerten nach seinem Fall fort. Ich erwähne, nur zum Beispiel, den Prozess der Säkularisierung, also der Auflösung aller religiöser, christlicher Sinnstiftung, damit verbundener fragloser moralischer Einbindung des Menschen, damit des alltäglichen Einflusses der Kirchen. Oder auch den Aufstieg des modernen Interventionsstaates vom 19. zum 20. Jahrhundert, korrespondierend den etatistischen

Bedürfnissen des modernen Menschen in der modernen Massengesellschaft. Oder das dem wiederum entsprechende Phänomen der Massenpolitisierung. Andere dieser langandauernden und fundamentalen historischen Entwicklungen konnten vom nationalsozialistischen Regime mit massivem, eben totalitärem Aufwand um ein Geringes beeinflusst und gebremst, aber doch nicht wesentlich aufgehalten werden – nicht das Vordringen der Frau in der modernen Berufswelt, nicht die Durchsetzung der Kernfamilie mit durchschnittlich gerade noch zwei Kindern (die nationalsozialistischen Anreize und Zwänge führten lediglich dazu, dass diese beiden Kinder von jüngeren Müttern geboren wurden, dann kamen keine mehr), nicht, schon gar nicht die massenhafte Wanderung vom Land in die ungeachtet aller ideologischen Bauerntümelei und Großstadtfeindlichkeit allzeit weiterwachsenden städtischen Zentren und Metropolen. Noch andere jener langandauernden und fundamentalen geschichtlichen Entwicklungen wurden von den nationalsozialistischen politischen Erfolgen oder auch ihren katastrophalen Misserfolgen teils unbewusst, teils ganz wider Willen befördert, darunter die soziale Egalisierung der deutschen Gesellschaft und zugleich die Einplanierung von traditionellen, gegeneinander abgeschotteten Milieus als Voraussetzung von danach, im zweiten Anlauf gelungener (und hoffentlich zu bewahrender) Demokratisierung zumindest in einem Teil Deutschlands, darunter etwa auch die deutsche Entwicklung zur westlichen Konsum- und Freizeitgesellschaft. Kommen wir also zur Schlussfolgerung dieser vorläufigen Ausführungen zum ersten Gesichtspunkt: Tiefreichende, ältere, längerwirkende Entwicklungen durchziehen unsere Geschichte in diesen zwölf Jahren. Nicht, dass man die Geschichte solcher Entwicklungen ohne die eigentliche Geschichte des „Dritten Reichs“ beschreiben könnte, für manche aber könnte man es sehr weitgehend tun – und so wird es auch getan (so z.B. von Peter Marschalck, Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1984). Und das ist erstens gemeint, wenn ich diese Vorlesung mit „Deutsche Geschichte 1933 bis 1945“ übertitele, obschon in der Gesamtvorlesung diese Perspektive nur eine neben anderen sein kann.

Zum zweiten: Das nachlebende interessierte Publikum, aber nicht so selten auch Historiker sind oft der Versuchung unterlegen, bei der Betrachtung oder Untersuchung dieser zwölf Jahre Phänomene für nationalsozialistisch zu halten, welche es tatsächlich gar nicht oder wenigstens nicht in Anbetracht ihres Entstehungsgrundes gewesen sind, welche zum Teil einer viel weiteren deut-

schen, zum Teil sogar europäischen Geschichte angehören. Ich denke natürlich auch an recht bekannte Phänomene wie den Rassismus, wie ein ihm zu-
meist entsprechendes entschiedenes Antichristentum (weil ja im Christentum
die Idee gleicher Gotteskindschaft aller Menschen und ihrer Gleichheit vor
Gott im Zentrum steht, gleichgültig welcher Hautfarbe und Körperlichkeit
überhaupt), an Phänomene wie die milieu- und standesübergreifende „Volks-
parteilichkeit“ der NSDAP oder wie den Einsatz von „Propaganda“ auf dem
politischen Massenmarkt. Ich denke natürlich an eine Ästhetik, die unter dem
Nationalsozialismus total dominierte, welche aber in Wirklichkeit der Menta-
lität eines modernen, nämlich klassenübergreifenden Spießbürgertums schon
längst, bevor Hitler kam, entsprungen war, in vieler Hinsicht sehr deutsch, in
vieler Hinsicht sehr international, so dass diese Ästhetik denn auch gewiss
nicht mit dem Nationalsozialismus untergegangen ist, sondern einem später
und oft auch anderswo in einzelnen wesentlichen Elementen plötzlich wieder-
begegnet, sei es im deutschen Heimatfilm der Fünfziger Jahre, im Frauenbild
gewisser Magazine, die es zuerst in den USA gegeben hat, in Mystifikationen
natürlichen Lebens, im gegenwärtigen, der Werbung so nützlichen Leitbild
dämmlich-sportiver Jugendlichkeit. Ich denke aber ganz besonders an die to-
talitären Schatten als Kehrseite wachsender Freiheiten, die totalitären Potenzen
in der Entwicklung moderner Staatlichkeit, in der modernen Entwicklung des
Verhältnisses von Staat, Gesellschaft und Individuum. Denn der moderne
Mensch, seine ganze Existenz, ist in geschichtlich unerhörtem Maße abhängig
geworden vom Staat als Sozial- und Bildungsstaat; der moderne Staat indessen
ist umgekehrt in geschichtlich unerhörtem Maße vom Konsens seiner Bürger
abhängig. Und wenn nun auf der einen Seite die Scylla einer Zerstörung des
Staatlichen durch permanente Überforderung der Bürger lauert, so auf der an-
deren Seite die Charybdis der Zerstörung individueller Freiheiten durch den
wohlwollenden, in der alltäglichen Existenz seiner Bürger allgegenwärtigen
Staat mit all seinen staatlichen und quasistaatlichen Organen. Mit den schier
unaufhörlich wachsenden individuellen Erwartungen und Anforderungen an
die Allgemeinheit, als deren Schaltzentrale der Staat erscheint, wachsen der Re-
gelungsbedarf und die Notwendigkeit, das Verhalten des Einzelnen zu steuern,
und dies schlicht und einfach schon deshalb, weil die finanziellen Möglichkei-
ten der Allgemeinheit einigermaßen in der Balance zu den finanziellen Be-
dürfnissen der Gruppen und der Einzelnen gehalten werden müssen. Dieser
moderne Staat interveniert in Bereichen, welche man eigentlich für privat, ja,

gelegentlich sogar für intim halten möchte – in das generative Verhalten der Paare zum Beispiel, um für die zukünftige Bezahlung der sozialen Systeme zu sorgen, in das Gesundheitsverhalten jedes Einzelnen, um die Kosten der Krankenkassen im Griff zu behalten, in die allgemeine Bereitstellung von Energie unter Benachteiligung individueller Energieerzeugung und so weiter.

Bedenken wir diese historischen Zusammenhänge, dann wundern wir uns nicht mehr, dass zahlreiche gesetzliche Regelungen der Jahre nach 1933 das Ende des nationalsozialistischen Regimes überdauert, ja, zum Teil problemlos überdauert haben bzw. erneuert worden sind, sobald die (West-)Deutschen ihre politischen Geschicke wieder selbst bestimmen durften: Ehestandsdarlehen und Kindergeld, Mutterschutz und bestimmte Einschränkungen der Frauenarbeit, zentralistische Reformen der Gebietskörperschaften, die Zentralisierung und Monopolisierung der Energiewirtschaft und dergleichen mehr waren, als sie in den Jahren zwischen 1933 und 1939 gemacht worden sind, zweifellos spezifisch nationalsozialistisch bezweckt: Sicherung der Machtbasis, Vorbereitung rassistischer Kriegsführung, aber solche Eingriffe und Regelungen lagen eben auch in einem allgemeinen historischen Trend! Und bedenken wir diese weiteren historischen Zusammenhänge und schauen anderswo hin, wo gewisse, hierzulande glücklicherweise noch tabuisierte Themen ziemlich hemmungslos besprochen werden können, dann wundern wir uns vielleicht und leider auch nicht mehr, dass zur genetischen Höherzüchtung der Intelligenz, zur apriorischen Ausmerze womöglich oder wahrscheinlich behinderter Menschen geforscht wird, Heiratsgesetze einen Erbgesundheitsschein verlangen und Unterschichtenfamilien finanziell ernsthaft diskriminiert werden, wenn sie sozial unerwünschte Kinder in die Welt setzen, oder dass die gnädige Selbsteliminierung von nicht mehr Heilbaren gesetzlich erleichtert wird. Das kommt in der Regel human daher, als Maßnahme gegen Hunger, Siechtum und Leid aber genauso regelmäßig sind daher Kosten-Nutzen-Rechnungen zu erkennen, nämlich derartig: Wie viele Unproduktive kann sich eine postindustrielle Gesellschaft leisten, wie viele Hochbegabte braucht sie unbedingt? So in der Gegenwart Fragende haben nur im Ausnahmefall die sozial-rassistische Gnadentoddiskussion vor und im Dritten Reich studiert oder gar Schriften Hitlers, Rosenbergs, Himmlers gelesen. Vielmehr scheinen wir es mit Resultaten strukturverhafteter humanitärer Defizite in modernen Gesellschaften zu tun haben.

Ich wiederhole, dass mit solchen weitläufigen Einordnungen überhaupt keine Verharmlosung des Nationalsozialismus und seiner exzessiven Verwirklichung einhergeht oder gar beabsichtigt sein soll. Der Mensch handelt nicht zwangsläufig entlang irgendwelcher Strukturen; jede Zeit beinhaltet ein zwar nicht unendlich umfangreiches, aber doch vielfältiges Bündel menschlicher Handlungsalternativen. Aber mir geht es darum zu verstehen, warum der Nationalsozialismus und das nationalsozialistische Regime so vielen Menschen so lange so normal und so akzeptabel gewesen ist. Und ich denke, die erste Antwort ist, weil sie in vielen und zumal in den offensichtlichen Punkten in ihrer Zeit längst nicht so fremd gestanden sind, wie man es nach der Katastrophe sowohl hat meinen müssen wie sehen wollen. Daraus folgt schließlich noch etwas: Die Geschichte des Nationalsozialismus ist 1945 geschlossen worden, traurige Epiloge früher und gegenwärtige nachahmende Farcen konnten und können daran nichts ändern. Nicht oder jedenfalls in einigen Beziehungen nicht abgeschlossen ist die Geschichte seiner modernen historischen Voraussetzungen. Und wenn sich Geschichte nicht wiederholt und wiederholen lässt, so ist darum neuer totalitärer Schrecken nicht ausgeschlossen; bloß wird derjenige, der nichts weiter als bloß dieses sinnlose: „Nie wieder“! im intellektuellen Repertoire hat, ihn erneut zu spät erkennen. Also trägt es zur Gegenwarts- und Zukunftsbewältigung bei, wenn wir das Miteinander kurzlebiger und langandauernder Faktoren in der deutschen Geschichte nie vergessen, und gelegentlich immer wieder einmal klarmachen, was genau dieser Zeit und was der ganzen Epoche angehört, von der diese zwölf Jahre nur einen Teil ausmachen. Gelegentlich: Denn mehr wird nicht möglich sein, weil wir sonst den Rahmen deutscher Geschichte 1930 bis 1941 (1945) zu sehr überschreiten müssten. Auf eine Geschichte des letzten europäischen Krieges von 1939 bis 1941 und des Weltkrieges bis 1945 ist hier zu verzichten. Ich verweise nur auf meine „Deutsche Geschichte von 1943 bis 1945“ mit ihren Abschnitten zum Untergang des nationalsozialistischen Regimes und des Deutschen Reiches. Es liegt mir nicht, an diesem Thema Geschichten deutscher Siege in der ersten Kriegshälfte zu schreiben und vorzutragen.

II. Vorlesung

Die Auflösung der Weimarer Republik und der 30. Januar 1933: Die politische Vorgeschichte der letzten Präsidialregierung

Zu Silvester 1932 druckten einige Zeitungen einen der im Reich verbreitetsten hitlerfeindlichen Witze des ausgehenden Jahres ab:

„Was ist paradox?

Wenn ein Österreicher mit italienischem Gruß und amerikanischer Uniform deutscher Reichskanzler wird!“

Freilich hatte der Führer der NSDAP, geboren im österreichischen Braunau am Inn, 1913 vor der Einberufung zur österreichischen Armee nach München geflüchtet, im Februar 1932 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, und zwar durch einen legalistischen Coup von Anhängern in Braunschweig. Aber natürlich galt Hitler vielen Deutschen, zumal Norddeutschen, sofern sie nicht in oder zu seinem politischen Lager standen, in durchaus verächtlichen Sinne weiterhin als Österreicher, als „Böhme“.

Indessen geht es uns hier nicht um diesen oder jenen Witz, sondern um die Stimmung in der nicht-nationalsozialistischen deutschen Öffentlichkeit an der Jahreswende 1932/1933. Und in der Beziehung besagt dieser Witz und besagt sein Abdruck zunächst: Der „böhmische Gefreite“, so Hindenburgs bekannte Bezeichnung in ihrer doppelt abschätzigen Zuspitzung, kann eigentlich nicht Kanzler werden, oder auch: Der Hitler wird es nicht! beziehungsweise: Der wird es nicht mehr! Das aber spiegelt nicht bloß einzelne, sozusagen von Hoffnung getrübe Anschauungen. Es entspricht vielmehr einer nur vier Wochen vor Hitlers „Machtergreifung“ recht allgemeinen Einschätzung, ja, einer Einschätzung, die im Laufe des Dezember 1932 deutlich zugenommen hatte.

Gerade eben war die deutsche Übersetzung von Curzio Malapartes „Technique du coup d’Etat“, ‚Technik des Staatsstreichs‘, erschienen, eine Fallsammlung von versuchten und erfolgreichen revolutionären Umstürzen der jüngsten Vergangenheit. Das Kapitel über Adolf Hitler und die nationalsozialistische Bewegung war übertitelt: „Ein Diktator, der es nicht wird“. Malaparte war nicht

irgendwer, sondern ein, wenn nicht der Starpublizist des italienischen Faschismus, und sein Buch „Technik des Staatsstreichs“ war eine der einflussreichsten Veröffentlichungen der Dreißiger Jahre. Kein Wunder, dass Malaparte die von Mussolini verfügte Verbannung auf eine abgelegene italienische Insel zeitlebens als Resultat eines speziellen Hitlerschen Racheaktes gesehen hat. Aber hören wir andere Stimmen aus dem großen Chor ähnlich lautender Schlussfolgerungen über Hitlers Chancen. Zuerst die renommierte „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Leitartikel zum 1. Januar 1933:

„Auf allen Gebieten, in der Wirtschaft, in der Innenpolitik, in der Außenpolitik und vor allem auch in der geistigen Gesamtlage der Nation lassen sich zum erstenmal [seit 1929 – d. Verf.] gleichzeitig deutliche Symptome einer beginnenden Konsolidierung beobachten. Eine Chance liegt vor uns ... Wir wissen heute: der Karren ist nicht unbeweglich festgefahren ... Die politische Grundtendenz wird durch die Tatsache der Entzauberung der NSDAP und durch die große staatspolitische Erkenntnis dieses Jahres bestimmt bleiben, daß es in Deutschland kein Diktieren gegen die öffentliche Meinung geben kann.“

Zwei Tage später hieß es in der berühmten „Weltbühne“ in einem Artikel des späteren Nobelpreisträgers und in der KZ-Haft verstorbenen Carl von Ossietzky:

„Am Anfang des Jahres zweiunddreißig stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch ... An seinem Ende wird die Hitler-Partei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur die langen Ohren des Führers.“

In der SPD-ausgerichteten „Fränkischen Tagespost“ bekamen die Leser optimistische Verslein mit auf den Weg ins Jahr 1933, so unter anderem:

„Hitlers Landsknechtsschar zerfällt,
Der Faschismus ist geschlagen ...“

Und der in München erscheinende „Simplicissimus“ verbat sich und seinen Lesern den in der Krise damals grassierenden Unfug der Hellseherei und der Horoskope:

„Geht mit euren Horoskopen,
denn ihr prophezeitet schlecht.

...

Eins nur läßt sich sicher sagen,
und das freut uns ringsherum:
Hitler geht es an den Kragen,
dieses ‚Führers‘ Zeit ist um!“

Den Herausgeber des Intellektuellen-Magazins „Das Tagebuch“, Leopold Schwarzschild, sorgte am 7. Januar 1933 schon die Frage, ob sich in den nächsten Reichstagswahlen die Millionen ehemaliger NSDAP-Wähler samt und sonders der KPD zuwenden würden: eine Frage, welche nach seiner Auffassung nur für deren lumpenproletarischen Teil bejaht werden müsste, und für diesen Zuwachs würden sich wohl sogar die Kommunisten nicht begeistern können. Und das „Jüdische Wochenblatt“ aus Köln stellte schlicht fest:

„Geht es aber der Wirtschaft besser, so entfällt eine große Zahl von Gründen, die den Radikalismus der NSADP - auch der Kommunisten übrigens - bisher nährte ... Man muß sich zu der Hoffnung bekennen, daß diese Zeiten ... Vorläufer einer normaleren und ruhigeren Epoche sind, auch für uns Juden“.

Konrad Heiden, einer der bekanntesten liberalen Publizisten der Zeit, bei aller Gegnerschaft wie leider manch anderer doch auch ein Stück weit fasziniert von dem Phänomen Hitler, hatte noch vor dem Jahreswechsel in der Berliner „Vossischen Zeitung“ den Abgesang auf die nationalsozialistische Machtaspiration angestimmt:

„Nun droht die Großartigkeit zur Narrheit zu werden, nicht weil Hitler und seine Partei, sondern weil die Verhältnisse sich geändert haben ... In scheinbar bester Haltung sticht er immer noch mit dem Degen nach dem Ring, aber das Karussell hat sich inzwischen an dem Ring vorbeigedreht“.

Genug der konkreten Hinweise, ihre Reihe ließe sich noch sehr, sehr verlängern. Die behauptete Sache dürfte klar geworden sein: Große Teile der deutschen öffentlichen Meinung sahen Hitler knapp vier Wochen vor der tatsächlichen „Machtergreifung“ durchaus nicht als nächsten Kanzler oder gar Führer des Deutschen Reichs. Und, nebenbei gesagt, führende Nationalsozialisten

haben das in diesen Tagen nicht anders gesehen, intern und insgeheim natürlich, indessen die Presse der NSDAP wie im ganzen zurückliegenden Jahr bei Mitgliedern und Wählern die Erwartung baldiger Regierungsübernahme aufrecht zu erhalten suchte. Goebbels schrieb in sein Tagebuch, angesichts etlicher schwerer Probleme bestehe „die Gefahr, dass die ganze Partei auseinanderfällt und alle unsere Arbeit umsonst getan ist“.

Der Historiker tut ja immer gut daran, den jeweils zeitgenössischen Erörterungen über Zukunftsperspektiven und Handlungsmöglichkeiten ernsthaft nachzugehen. Er versteht sonst nichts von den alternativen Potentialen und Entscheidungsmöglichkeiten, nichts oder zu wenig von der wirklichen Offenheit einer jeden historischen Situation, und dann verkommt Geschichte zu einer Folge von Zwangsläufigkeiten, in der von der Verantwortlichkeit konkret Handelnder eigentlich gar nicht mehr die Rede sein kann, jedenfalls nicht in Bezug auf den Menschen als Individuum, höchstens noch in Bezug auf Menschen als bloße Repräsentanten sozialer Gruppen. Hier, für diese entscheidende Situation zur Jahreswende 1932/1933, zeigen zudem geschichtswissenschaftliche Befunde, dass den eben skizzierten zeitgenössischen Urteilen und Erwartungen etliche harte Fakten entsprochen haben.

Tatsächlich steckte die NSDAP in diesen Wochen in einer wohl nicht tödlichen, aber doch schweren Krise. Über dreißig Monate, seit jenem weithin überraschenden Sprung von einer Zweieinhalb-Prozent-Splitterpartei auf sagenhafte 18,3% Stimmenanteil in den Reichstagswahlen vom September 1930 und damit auf den Platz der zweitstärksten Reichstagsfraktion, seit dem Sommer 1930 also hatte die nationalsozialistische Bewegung in ihren beiden Seiten: der NSDAP und der SA, einen permanenten Wahlkampf und Kampf um „die Straße“ unter Aufbietung aller verfügbaren Kräfte und finanziellen Ressourcen geführt. Letztere waren jetzt am Ende des Jahres 1932 nahezu erschöpft. „Die Geldnot macht jede zielbewusste Arbeit unmöglich“, so Goebbels Tagebuch am 8. Dezember 1932. Der schon zitierte Konrad Heiden witzelte: „Daß gerade jetzt die SA-Männer mit ihren klappernden Sammelbüchern die Straßen überschwemmen und ... die Zahl der sonstigen Bettler bei weitem übertreffen, ist sicher kein Zufall. Ihr Spruch heißt: ‚Für die Winterhilfe der NSDAP!‘ Er hieße passender: ‚Winterhilfe für die NSDAP!‘ Die Partei“, schloss Heiden nach Beobachtungen zur Frustration der Gläubiger der NSDAP, „ist in ihrem Wettlauf zur Macht in Zeit- und Geldnot geraten, und diese

droht zur Existenznot zu werden“. Der von Hitler und der Münchener Parteileitung Anfang des Jahres für 1932 anvisierte, sowohl in der Reichspräsidentenwahl vom April (zweiter Wahlgang) wie zu den beiden Reichstagswahlen jeweils sicher erwartete Durchbruch zur Macht über Deutschland war eben nicht gelungen. Allerdings hatten die Nationalsozialisten bis zum Sommer des Jahres sagenhafte Wahlerfolge errungen, in etlichen deutschen Ländern, in vielen Kreisen und Kommunen, auf der gesamtstaatlichen Ebene, indem mehr als 36% für einen Reichspräsidenten Hitler gestimmt hatten (im zweiten Wahlgang nach Ausscheiden eines anderen rechtsgerichteten Kandidaten, gegen Hindenburgs ca. 51% und des Kommunisten Thälmann ca. 10%) und in der Juli-Reichstagswahl war das Ergebnis von 1930 auf 37,2% glatt verdoppelt worden. Danach waren die Nazis in der weitaus stärksten Reichstagsfraktion versammelt, entschlossen, die Abgeordnetenimmunität, die materiellen Privilegien, die Propagandamöglichkeiten zur Zerstörung der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie zu nutzen: 230 Mandate gegenüber nur noch 133 der SPD bzw. gegenüber den 97 vom christkatholischen Zentrum mit der Bayerischen Volkspartei und den 89 der KPD. Aber damit schien der Höhepunkt des Wahlerfolgs überschritten: in den nächsten Reichstagswahlen am 6. November 1932 fiel die NSDAP von ihren 37,2% auf 33% zurück, ihre neue Reichstagsfraktion hatte nur noch 196 Abgeordnete (also 34 weniger). Anders gesagt: Jeder siebte nationalsozialistische Wähler der Juli-Reichstagswahlen war abgewandert oder daheimgeblieben! Demgegenüber hatte die KPD in etwa demselben Prozentmaß gewonnen. Noch schlimmere Verluste erlitt die NSDAP gleich darauf in den Wahlen des Landes Thüringen. Dabei wurden die Anzeichen einer Überwindung der grundstürzenden Wirtschaftskrise, vor deren Hintergrund und zum Teil in deren Zusammenhang sich der explosive Aufstieg des Nationalsozialismus seit 1930 vollzogen hatte, nur gerade erst sichtbar. Die gegen Jahresende veröffentlichten Produktions- und Verkaufsziffern zeigten deutliche, zum Teil gut 100% Steigerungen im Vergleich zum schwärzesten Krisenjahr 1931, in einigen Bereichen wurde schon wieder das Niveau des ersten, insgesamt noch schwächeren Krisenjahres 1930 erreicht, gelegentlich gar überschritten. Was, wenn die Anzeichen wirtschaftlicher Erholung zu einem wirklichen dauerhaften Aufwärtstrend sich entwickelten, dann auch die Arbeitslosenzahlen zurückgehen sollten? Und was, wenn dies durch die neuen, arbeitsbeschaffenden und tarifgesetzlichen Maßnahmen des am 3. Dezember 1932 installierten Präsidialkabinetts des Generals Schleicher im

autoritären Schulterschluss mit den Gewerkschaften und anderen bereitwilligen Gruppen tatsächlich beschleunigt werden würde? Ein erster wichtiger Schritt schien diesem Reichskanzler Schleicher schon am 8. Dezember 1932 gelungen auf dem von ihm konzipierten Weg zu einem autoritären politischen, aber auf breiten sozialpolitischen Konsens gestützten Regime: Mit Gregor Strasser trat der führende Vertreter des so genannten „linken Flügels“ von seinen NSDAP-Parteiamttern zurück, erklärtermaßen in Opposition zum bisher fruchtlosen, von Hitler 1932 stets durchgehaltenen Kurs des Alles-oder-Nichts, der Forderung der Übergabe der ganzen Macht – mit der Konsequenz gar keinen Anteil an der Macht gewinnen zu können bzw., je nach Perspektive, wirkliche Verantwortung für Deutschland übernehmen zu müssen. Goebbels kommentierte, man könne aus den Argumentationen des an Hitler gerichteten Scheidebriefs Gregor Strassers „Schleichers Gedankengänge unschwer herauslesen“. Tatsächlich hatte Strasser insgeheim mit Schleicher über seinen Eintritt und damit über den Eintritt der scheinbar von ihm repräsentierten NSDAP-Kreise in die neue Präsidentialregierung verhandelt.

Einerseits die Anzeichen wirtschaftlicher und politischer Konsolidierung in Deutschland, andererseits die Finanznot, der Wählerverlust der NSDAP, Spannungen in der Partei mit dem Paukenschlag des Ausscheidens Strassers: am Jahreswechsel 1932/1933 sahen die Zeitgenossen, sahen sich die Nazis selber und sehen wir Hitler und die nationalsozialistische Bewegung in einem Tief. Wie denn weiter? Indessen haben schließlich gerade diese Krise und deren Begleitumstände den Weg für Hitler hin zur Machtergreifung freigemacht.

Wir müssen zur Erläuterung auf die politische Entwicklung seit 1930 zurückblicken. Sie finden in der geschichtswissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedliche Antworten auf die Frage, wann denn eigentlich die „Weimarer Republik“, nun genau verstanden als das liberal-demokratische parlamentarische System, wie es von der deutschen Nationalversammlung 1919 in Weimar geschaffen worden war, wann also diese „Weimarer Republik“ verloren gewesen ist.

Natürlich haben uns gestandene marxistische Historiker erzählt, dass sie von Anfang an verloren war, weil die sozialistische Revolution des Jahres 1918/1919 gescheitert, vielmehr besonders von den Sozialdemokraten um Ebert und Noske zum Scheitern gebracht worden sei. Indessen: wären die diversen sozialistischen und bolschewistischen Revolutionsideen erfolgreich ge-

wesen, dann hätte es selbstverständlich keine „Weimarer Republik“ gegeben, und so könnten wir diese komische historische Perspektive ganz vergessen (so wichtig sie auch für die sogenannten „68er“ in Westdeutschland und sicherlich für das Selbstverständnis der SED-Herrschaft gewesen sein mag), wäre sie nicht gewissermaßen auch schon als ein Stück des Weimarer Problems zu sehen. Aber darauf ist später noch einmal zurückzukommen.

Von den Historikern jenseits dieses marxistischen und neomarxistischen Lagers haben einige das Ende des liberal-demokratischen parlamentarischen Systems von Weimar schon auf den 27. März 1930 datiert – auf den Bruch der großen Koalition unter dem SPD-Reichskanzler Hermann Müller und damit auf den peinlichen Abgang der tatsächlichen letzten, aus dem Reichstag bestimmten Regierung der ersten deutschen Republik wegen einer sozialpolitischen Lappalie: und das ausgerechnet in den Anfängen der einsetzenden enormen Wirtschaftskrise! Betont diese Interpretation das Kriterium des Versagens der demokratischen Parteien und des Weimarer Parlamentarismus, so heben andere Historiker den Umstand hervor, dass die nun folgenden drei Präsidialregierungen der Kanzler Heinrich Brüning, Franz von Papen und General Kurt von Schleicher als solche, gleichsam objektiv, an die Ausübung nicht parlamentarisch-demokratisch legitimierter Herrschaft gewöhnt haben, dass sie aber auch bewusst, wenngleich mit unterschiedlicher Radikalität auf die dauerhafte Etablierung illiberaler autoritärer Regierung ausgegangen seien – und so die nationalsozialistische „Machtergreifung“ und Diktatur direkt vorbereitet hätten.

Diese historiographische Richtung, welche übrigens auch der Gliederung der bekannten dtv-Reihe „Deutsche Geschichte der Neuesten Zeit“ zugrunde liegt, begegnet indessen in zwei Varianten, in einer zugespitzten und in einer sozusagen gemäßigten Interpretation. In der zugespitzten Interpretation, welche vor allem Karl Dietrich Bracher in seinen Hauptwerken vorgetragen hat, entfallen die von mir gesetzten Konjunktive und erscheint eben diese Zeit der drei Präsidialregierungen insgesamt als eine wesentlich einheitliche transitorische Periode: Von der Republik zur Diktatur! Das Ende der „Weimarer Republik“ im oben genannten Sinne wäre demnach auf den 28. bzw. 30. März 1930 zu datieren – auf den Tag der Ernennung Brünings durch Hindenburg zum Reichskanzler bzw. auf den Tag der Präsentation seines Kabinetts. Die andere, die gemäßigt differenzierte Deutung hebt aber die Kanzlerschaft Brünings von

den Präsidialregierungen Papens und Schleichers ab: Nur letztere seien un-
zweideutig auf die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und auf die
Errichtung eines autoritären politischen Systems sowie auf die antipluralisti-
sche Formierung der deutschen Gesellschaft losgegangen, unter Ausnutzung
der verfassungsmäßigen exekutiven und legislativen Möglichkeiten des Reichs-
präsidenten, genauer gesagt: des 1925 im wesentlichen von republikfeindli-
chen, am 10. April 1932 im wesentlichen von republiktreuen Deutschen gegen
die Mitbewerber Hitler und Thälmann gewählten preußisch-konservativen
Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Demzufolge muss der „point of no
return“ in den Daten der Ablösung Brünings und der Ernennung des Hinden-
burg so imponierenden Herrenreiters Papen gesehen werden – 30. Mai bzw.
1. Juni 1932.

Ich teile diese Auffassung. Ohne jetzt näher in die alte, besonders heftig im
Zusammenhang der 1970 veröffentlichten Memoiren Heinrich Brünings ge-
führte Diskussion um die verfassungspolitischen Ideen bzw. Ansichten dieses
Reichskanzlers aus der christlich-katholischen Zentrumspartei eintreten zu
können, will ich doch auf zweierlei hinweisen.

1. Zweifellos war Brüning kein Anhänger des Weimarer Parlamentarismus,
welchen er wesentlich durch unverantwortliches Geschiebe der Reichstagsfrak-
tionen an der Spitze milieuverhafteter Interessenparteien geprägt sah. Es gab
und gibt aber andere Formen der Legitimation, Kontrolle und Ausübung
politischer Macht, denen das Prädikat „demokratisch“ mitnichten versagt wer-
den kann – und man darf Brüning nicht schon darum als Wegbereiter einer
autoritären Republik verdächtigen, weil ihm Reformen hin zur präsidialen
Demokratie angesichts der deutschen Verfassungswirklichkeit von 1930 ver-
nünftig erschienen sind.

2. Wegen der Unmöglichkeit, eine neue mehrheitliche Koalition im Reichstag
zusammenzubringen, hatte Brüning allerdings das Kanzleramt nur mit dem
Versprechen des Reichspräsidenten Hindenburg angenommen, „mir für dieses
Kabinett im Notfall die Vollmachten des Artikels 48 zu erteilen“ (Brüning, Er-
innerungen, 1970, 161). Gleichwohl spricht Martin Broszat mit Recht von der
„halbparlamentarischen, halbpräsidialen Regierung Brüning“ (Broszat,
Machtergreifung, 111).

Wir müssen das näher betrachten, bevor wir Brüning's Umgang mit dem „Notverordnungsrecht“ weiter behandeln. Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung besagte, dass der Reichspräsident

1. gegen verfassungswidrig handelnde Länder mit Waffengewalt einschreiten lassen und

2. bei erheblicher Störung der öffentlichen Ordnung die „nötigen Maßnahmen treffen“ konnte, wiederum unter Einschluss des Einsatzes militärischer Gewalt, zudem mit dem Recht, dabei auch die bürgerlichen Grundrechte zu suspendieren (wie es ja dann Hindenburgs „Notverordnung zum Schutz von Staat und Volk“ vom 28. Februar 1933 tun würde).

Solche mit „Notverordnung“ getroffenen Maßnahmen waren nach weiterem Wortlaut des Artikels 48 „unverzüglich“ dem Reichstag kundzutun und auf dessen mehrheitlichen Widerspruch hin wieder außer Kraft zu setzen. Der berühmte Artikel 48 WRV bezeichnet, allgemein gesehen, also ein Notstandsrecht, wie es viele demokratische Verfassungen und auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kennen. Als Bestandteil der „Weimarer Reichsverfassung“ reflektierte der Artikel 48 aber genau die Entstehungsbedingungen dieser Republik in Revolution, Bürgerkrieg und wiederholten Putschversuchen; er galt momentanem raschem Handlungsbedarf, zumal bei paralleler Funktionsstörung des parlamentarischen Systems, und in diesem Sinne hatte einst Hindenburgs sozialdemokratischer Vorgänger, Friedrich Ebert, an die 140 mal Artikel 48 gebraucht – gegen verfassungsfeindliche Entwicklungen in einzelnen Ländern, während des Ruhrkampfes und in der parallelen Krise der Superinflation. Systemgefährlich konnte der Artikel 48 aber werden, wenn ein Reichspräsident das in ihm enthaltene verpflichtende Widerspruchsrecht einer Reichstagsmehrheit mit Hilfe der Verfassungsartikel 25 und 53 aushebeln sollte, welche ihm in einer deutlich anderen Perspektive eingeräumt worden waren, nämlich dem Reichspräsidenten als höchstem Verfassungsorgan in direkter Repräsentanz des Souveräns, des deutschen Volkes: Nach Art. 25 stand dem Reichspräsidenten ein grundsätzlich kaum beschränktes Recht zur Auflösung des Reichstages zu, nach Art. 53 ein im ersten Schritt unbeschränktes Recht zur Ernennung des Reichskanzlers. Das heißt: Der Reichspräsident konnte einen Mann, sagen wir: einen Politiker seines Vertrauens zum Kanzler berufen, auch wenn der sich im Augenblick der Berufung auf keine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Fand der Kanzler dann für die Regierungs-

vorhaben keine dauernde oder im Einzelnen wechselnde Mehrheitsunterstützung, konnte der Reichspräsident zu seinen Gunsten das Instrument der Notverordnung nach Art. 48 einsetzen. Fand sich eine Mehrheit des Reichstags gegen eine Notverordnung beziehungsweise gegen ein Bündel von Notverordnungen, blieb schließlich das Mittel der Reichstagsauflösung und der Ausschreibung von Neuwahlen binnen sechzig Tagen. Schon ein solcher Gang verschaffte lange Fristen nichtparlamentarischen Regierens, und dann konnte das gleiche Spiel nach der Wahl wieder neu eröffnet werden; das Parlament, also der Reichstag konnte es nur verhindern, wenn sich in ihm eine konstruktive, dauerhaft regierungstragende Mehrheit zu bilden vermochte.

Ich glaube, die wesentlichen Unterschiede zwischen der Präsidialregierung Brünings vom April 1930 bis Mai 1932 einerseits, derjenigen von Papens (Juni bis Mitte November 1932) und derjenigen des General Schleicher (2. Dezember 1932 bis 28. Januar 1933) andererseits liegen nach diesem Exkurs ziemlich klar. Kommen wir also zum zweiten Punkt unserer Betrachtung von Brünings Kanzlerschaft zurück. Brüning regierte freilich mit dem Mittel des präsidialen Notverordnungsrechts, er hat es oft genug benutzt. Aber er bemühte sich beständig um parlamentarische mehrheitliche Akzeptanz seiner Maßnahmen. Genau diesem Zweck sollte auch Brünings einzige Operation mit dem Reichstagsauflösungsrecht des Reichspräsidenten dienen, nachdem das Parlament im Juli 1930 mit sehr knapper Mehrheit nur Brünings erste große „notverordnete“ Maßnahme zur Verschlankung des Sozialstaats und dadurch zur Konsolidierung des Reichsfinanzrahmens zurückgewiesen hatte. Allerdings hat sich diese Auflösung des Reichstags mit der vorgeschriebenen Ansetzung von Neuwahlen binnen sechzig Tagen als geschichtlich schwerer politischer Fehler erwiesen: In der Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Rechten, namentlich mit Alfred Hugenbergs DNVP-Fraktion, hatte Brüning die sich in vorausgegangenen Landtagswahlen abzeichnende Gefahr eines massiven Durchbruchs einer neuen Rechten, nämlich der NSDAP Hitlers, verkannt. Jene zog dann, wie gesagt, aufgrund des Wahlergebnisses vom 14. September 1930, als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein. Für Brüning erwies sich der nationalsozialistische Durchbruch in einer Beziehung sogar von Vorteil, indem die republiktragenden Parteien, Sozialdemokratie und Zentrum, dazu der geschrumpfte rechte und linke Liberalismus, unter seinem Eindruck nun eher bereit waren, die Maßnahmen des Reichskanzlers zu dulden und nicht bei nächster Gelegenheit etwa mit den systemfeindlichen Fraktio-

nen der NSDAP, DNVP und KPD gegen die Regierung zu votieren. Besonders die SPD hat dann manche Kröte Brüning's gegen die Interessen ihrer Arbeiterwählerklientel geschluckt, um nicht den Sturz von Brüning's Kabinett und eine neue Rechtsregierung zu riskieren. Brüning hat daran aber auch viel Mühe gewendet, Zustimmung oder wenigstens Duldung für Regierungsvorhaben im Vorfeld durch Verhandlungen mit den Fraktionsspitzen zu sichern. Bloß sollte gerade Brüning's relative Offenheit gegenüber der Sozialdemokratie im Zusammenhang mit seiner Weigerung, die Interessen des preußischen Großgrundbesitzes über die Möglichkeiten seiner Sparpolitik hinaus zu bedienen und sein Kabinett noch weiter nach rechts zu orientieren, zum Vertrauenszug der Reichspräsidenten Hindenburg und damit zum Ende der Regierung Brüning erheblich beitragen. Am 29. Mai 1932 erklärte Hindenburg dem Kanzler lapidar: „Die Regierung erhält, weil sie zu unpopulär ist, von mir nicht mehr die Erlaubnis, neue Notverordnungen zu erlassen“ (Brüning, Erinnerungen, 1970, 599).¹

Der Satz besagt natürlich viel über das Verfassungsverständnis Hindenburgs, getarnt hinter dem doppeldeutigen Wörtchen „unpopulär“. Natürlich war Brüning's Sparkurs in der Weltwirtschaftskrise „unpopulär“, die Propaganda der drei großen extremistischen Parteien (NSDAP, DNVP, KPD) erging sich in regelrechten Hasstiraden, bestenfalls wurden er und seine Innen- und Wirtschafts- und Finanzpolitik von größeren Teilen der Wählerschaften seines Zentrums und der noch übrig gebliebenen Liberalen geschätzt. Bloß hätte ein solcher Befund natürlich schon längst, etwa im Herbst oder Sommer des Vorjahres, getroffen werden können. Was sich entscheidend bis zum Mai 1932 geändert hatte, das war zweifellos Brüning's ‚Popularitätsverlust‘ im Umkreise Hindenburgs und dahinter im Felde von dessen Standesgenossen und Kameraden,

1 Exkurs: Auf den Gedanken, gegen diese Art von selbstherrlicher Entlassung doch noch die Quasikoalition der Duldung in eine regierungstragende Koalition zu verwandeln, ist Brüning schon wegen seiner politischen Grundanlagen gar nicht gekommen. Aber auch sonst niemand von jenen Parlamentariern, die seinen Abgang bedauert haben. Dazu ist erstens zu bedenken, dass die mehr oder minder systemtreuen Parteien nur noch über ca. 48% der Mandate (zu 38% der systemfeindlichen) verfügten, indessen der Rest von praktisch zu einer Regierungsbildung gar nicht organisierbaren Splitter- und eng begrenzten Interessenparteien gehalten wurde. Zweitens hätte es ein solcher Versuch mit der „Nebenregierung“ im Schattendreieck der Kamarilla um Hindenburg, der nationalkonservativen Reichswehrführung (kombiniert durch den intriganten Schleicher) und der Interessenvertretung ostelbischer Aristokraten zu tun bekommen.

im preußischen Adel und in der Reichswehrgeneralität. Und diese spezielle ‚Unpopularität‘ resultierte nun zugleich aus konkreten politischen und materiellen Interessen, welche nach Auffassung dieser Kreise durch sachliche Entscheidungen bzw. Nichtentscheidungen Brüning verletzt worden waren oder noch werden konnten, und aus einem generellen politischen und verfassungspolitischen Kurswechsel in der nationalkonservativen Umgebung des Reichspräsidenten, in der von Brüning so genannten „Nebenregierung“, deren Beseitigung der abgetretene Kanzler nach Ausweis seiner „Erinnerungen“ im letzten Gespräch mit Hindenburg verlangt hatte.

Dieser Kurswechsel zielte vorrangig auf eine Verlagerung der Reichsregierung weit nach rechts, auf die Einbeziehung der nationalistischen Kräfte beiderlei Couleur in eine Quasikoalition der ‚Duldung‘, der aus dem Kaiserreich stammenden älteren und noch vergleichsweise gemäßigten Rechten der DNVP und des „Stahlhelms“ und so weiter, aber auch, soweit nur irgend möglich, der neuartigen nationalsozialistischen Massenbewegung. Unbedingt auszuschließen war die Sozialdemokratie, welche hier unter dem Titel „marxistische Partei“ mit den systemfeindlichen Kommunisten in den alten Topf so genannter „Reichsfeindlichkeit“ geworfen wurde. Aber hinter diesem aktuellen Punkt und über ihn zielte der konzeptionelle Kurswechsel auf die Beseitigung des parlamentarisch-demokratischen Systems, des gründlich verachteten und verhassten Parteien- und Fraktionswesens, der Bedeutung von allgemeinen und gleichen Wahlen für die Regierungsbildung und Herrschaftslegitimation und so weiter und so fort.² Wogegen man war, darüber waren diese Jünger der von Armin Mohler so genannten „konservativen Revolution“ sehr weitgehend einverstanden. Wohin indessen die Reise gehen sollte, das war sowohl weniger klar als auch viel weniger gleichgerichtet: Gewiss, alle wollten den Staat vom Einfluss politisch organisierter gesellschaftlicher Kräfte lösen, ihn deshalb autoritär gestalten, traditional von Geburt her oder aufgrund von Besitz und Bildung berufene Eliten in exklusive, nicht Wahlentscheidungen der Masse unterworfenen politische und administrative Führungspositionen zurückbringen, wobei nahezu alle das Allgemeininteresse, das Interesse des Staates mit den Anschauungen und Interessen der apostrophierten elitären Gruppen schlicht gleichgesetzt haben. Dahinter aber herrschten erhebliche Dissonanzen. Manche befürworteten eine Restauration des hohenzollerschen Kaiser-

2 Das alles in Edgar R. Jung: Die Herrschaft der Minderwertigen, ²1930. Jung wurde Pappens Vordenker.

tums, andere eine Restauration der politischen Vorkriegsverfassungen überhaupt, andere hingegen hielten Kaisertum, Fürstlichkeiten, konstitutionelle Verfassung und dergleichen für im Weltkrieg, in Revolution und Gegenrevolution erledigte Sachen einer abgelebten Phase deutscher Geschichte. Eher noch turbulenter erscheinen die kursierenden Ideen zur Reorganisation des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Manche stellten sich offensichtlich eine Art von umfassender Militarisierung vor, anknüpfend an bestimmte Traditionen Preußens. Andere liebäugelten mit den beiden Modellen des faschistischen Italiens, dem des „*stato totalitario*“ mit seinem durch die Einheitspartei und ihre vielfältigen Suborganisationen zu vermittelnden Ineinander von Staat und Gesellschaft sowie, zweitens, dem des „*stato corporativo*“, eines syndikalistischen, also sämtliche Beschäftigte, Leiter und Eigener aller Wirtschaftssparten jeweils für sich sozialpolitisch zusammenfassenden Korporativismus. Dabei sind auch diese Nationalkonservativen in die Falle der Gleichsetzung von Faschismus und Nationalsozialismus gegangen, so dass sie größtenteils Hitler für letztlich ähnlich kompromissbereit wie Mussolini, die nationalsozialistische Bewegung für ähnlich versöhnbar mit traditionellen Machtstrukturen in Staat und Gesellschaft gehalten haben wie die faschistische Bewegung in Italien.³ Noch andere zogen über hundert Jahre alte Ideen der politischen Romantik über eine geburtsberufsständische Organisation von staatlich-sozialer Machtverteilung hervor, wieder andere sinnierten über regional differenzierte Hierarchisierung politischer Partizipation und Repräsentation unter Berufung auf den preußischen Reformier Freiherr von Stein, mit allgemeinen Wahlen nur auf den untersten Ebenen der Gemeinden, Städte, Kreise, aus deren Räten wiederum die nächsthöheren Versammlungen und so fort bis zum Reichstag hinauf bestimmt oder gewählt werden sollten.

3 Also ähnlich wie besonders die Kommunisten, aber auch die sonstige Linke. Vergebens warnte der Liberale Th. Heuss vor solcher Verharmlosung.